

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bestpreis bei Bestellung monatlich 2 M., durch unsere Vertreter zugeteilt in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 6 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postkonten und Postbriefe sowie unsere Vertreter und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle einer Erkrankung, Streik oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Abonnent seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Bestellscheins.



Inserentenpreis 2 M. für die 6 gelblichste Korpusgröße über deren Namen, Redaktionen, die 2 spaltige Korpusgröße 2 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gelblichste Korpusgröße 2 M. Bekanntmachungen über die 2 spaltige Korpusgröße 2 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Jeder Anzeigenspruch erhält, wenn der Betrag durch Rüge eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Ruchtheit gerät.

Erstmalig seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Fschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Fschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 103

Donnerstag den 4. Mai 1922.

81. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Poincaré ist unter gewissen Vorbehalten mit einer Zusammenkunft der Signatarmächte vor dem 31. Mai einverstanden.

* Ein Teil der deutschen Delegierten und Sachverständigen wird in den nächsten Tagen von Genua nach Berlin zurückkehren.

* Tschitscherin protestiert in einem Brief an Barthou gegen die Auffassung, der Rapallovertrag enthalte geheime Bündnis-Paragrafen.

* Die Reparationskommission soll zu der Ansicht gekommen sein, daß die von Deutschland gegebenen Mitteilungen über Steuer- und Verwaltungsreformen nicht als ausreichend zu betrachten seien.

* Im englischen Unterhaus erklärte Chamberlain, die englische Regierung sei nicht bereit, mit Frankreich gemeinsame Sache zu machen, falls dieses sich dazu entschließen sollte, das Ruhrgebiet zu besetzen.

Nachmachen!

Wenn schon Berlin, die Hauptstadt des Deutschen Reiches, in seinem neuen Jahresvoranschlag mit einem Milliardendefizit auszuwarten hat, obwohl die wirtschaftliche Lage seiner arbeitssamen Bevölkerung, der Stand von Handel und Verkehr, die Fremdenindustrie und das Vergnügungsgewerbe als verhältnismäßig günstig bezeichnet werden dürfen, so kann man sich ungefähr ein Bild davon machen, wie es mit den Finanzen leistungsschwächerer Gemeinden, und gar erst mit denjenigen des Deutschen Reiches, steht. Seitdem das Reich sich auf Grund der Weimarer Verfassung zum Hauptkollongänger des deutschen Volkes aufgeworfen hat, muß es nicht nur seine eigenen, ungeheuerlich angewachsenen Bedürfnisse aus reichsweiten Mitteln bestreiten, sondern hat darüber hinaus noch Länder und Gemeinden mit erheblichen Anteilen von seinen Steuererträgen zu speisen. Und jeder Tag bringt ihm neue Forderungen dringlicher Art von dieser Seite her, ohne daß die eine Hand, die geben soll, recht weiß und wissen kann, wo die andere Hand die angeforderten Beträge hernehmen könnte. Steuern, immer wieder Steuern, lautet die Parole; und doch muß, kaum daß ein Steuerprogramm auch nur auf dem Papier beschlossen ist, schon wieder ein neues entworfen werden. Was in Berlin jetzt zum Beispiel nur an verschiedenen Arten von Kleinkleinsteuern erhoben werden soll, das stellt insgesamt eine Belastung der Bürgerschaft dar, wie sie auf einem Einzelgebiet, selbst bei Berücksichtigung der heutigen Gebührentwertung, unerhörte zu nennen ist. Und auf welche Steuergedanken das Reich in seiner beispiellosen Not schließlich noch verfallen wird, das ist vorerst gar nicht abzusehen. Das ist die gegenwärtige Lage in Deutschland.

Wie hebt sich von diesem dunklen Hintergrund die Finanzlage des britischen Reiches ab! Gewiß, auf Kosten ist man dort auch nicht geblieben, und wir bekommen es jetzt alle Tage zu hören, wie sehr namentlich die britische Geschäftswelt unter dem Druck des daniederliegenden Handels zu leiden hat. In Kreisen der Londoner City bereitet sich schon ein kleiner Gewittersturm gegen die Regierung vor, weil man nicht sicher war, ob sie nun endlich mit einer Verringerung des Budgets und mit einem Abbau der Kriegssteuern den Anfang machen würde. Jetzt ist der Schatzsekretär Sir Robert Horne mit seinem angekündigten Voranschlag vor das Unterhaus getreten, und siehe da, die Regierung hat sich eines Besseren besonnen. Die Ausgaben sind von 1.650.500.000 auf 910 Millionen Pfund Sterling zurückgegangen, und die Einkommensteuer soll demgemäß um ein Schilling pro Pfund herabgesetzt werden. Auch die Zölle auf Tee, Kakao, Kaffee und Zigarren werden um eine Kleinigkeit ermäßigt. Damit nicht genug, werden auch Erleichterungen für die Besteuerung der Gesellschaften und diejenige des ländlichen Eigentums vorgenommen. Vor allem aber will man auch den mit geworbenen Postverkehr durch Herabsetzung der Taxen wieder ausmütern. Postkarten, Drucksachen und Briefe werden einem verminderten Porto unterworfen, in der Hoffnung, daß so der Umsatz und im Endeffekt damit auch der Überschuß wieder größer wird. Also der umgekehrte Weg wie bei uns. Hier jagt eine Porriochhöhung die andere; kaum daß man daneben hier und da einige geringfügige Ermäßigungen vorzieht, um das Publikum nicht ganz und gar in allen seinen Teilen zu verärgern. Die britische Verwaltung geht wie immer, wenn sie sich erst einmal zur Umkehr entschließt, mit großer Entschiedenheit vor. Sogar die Sonntagserhebung der Briefkästen, die man sich im Kriege auch abgewöhnt hatte, wird wieder eingeführt. Kein Wunder, daß dieser Voranschlag des Schatzsekretärs im Unterhaus mit vielem Beifall aufgenommen wurde, und daß der Schatzsekretär selbst, soeben aus Genua zurückgekehrt, mit heiterer Zuversicht dem Parlament nun gegenübertrat.

Auch bei uns gibt es Sachkenner, die der Regierung raten, es einmal mit der gleichen Medizin zu versuchen; und das Leben durch Herabsetzung von Gebühren und Taxen zu erleichtern, anstatt es immer unheilvoller zu machen. Das Defizit ist ja bisher auf diese Weise nicht losgeworden, im Gegenteil, es hat immer beständigere Umsätze angenommen. Ledert man dagegen die Steuern, die uns jetzt auf Schritt und Tritt einschüßeln, so wird unser Lebensmut steigen, die Verkehrsleistung sich heben, die

Schreibfertigkeit wieder zunehmen und so trotz mäßiger Höhe der Erträge im ganzen den Finanzbedürfnissen der Reichskasse vielleicht eher entsprechen, als es jetzt der Fall ist. Es ist nur zu fürchten, daß sich in der deutschen Verkehrsverwaltung nicht so bald wieder ein Stephan oder ein Bodensee findet, der sich Mannes genug fühlte, so waghalsige Wege zu beschreiten.

Briefe hin und Briefe her.

Die Auseinandersetzung mit den Russen in Genua.

Wenn es der Sinn einer großen Konferenz ist, daß die Teilnehmer von Mund zu Mund ihre Ansichten austauschen und rascher zu Beschlüssen kommen, als es auf dem sonst üblichen Wege des diplomatischen Notendwechsels möglich ist, so entsprechen die jetzt eingezeichneten Verhandlungsmethoden in Genua recht wenig den Absichten, die man auf einer solchen Zusammenkunft verfolgen muß. Gerade als befände man sich Hunderte von Meilen weit in den verschiedenen Hauptstädten voneinander entfernt, verkehrt man in den brennenden politischen Streitfragen zumeist auf brieflichem Wege

miteinander, was nicht gerade ein Zeichen für gutes Einvernehmen ist. Die Russen haben die allerersten Verhandlungen über Rußland durch die überraschende Eingabe ihres ursprünglichen Memorandums durchkreuzt, was den Präsidenten der Konferenz zu einer schmerzlichen Rückfrage veranlaßt hat. De Facto schreibt an Tschitscherin, er sei über die Verhandlungen der Allierten natürlich unrichtig informiert worden, und er fragt ihn, ob er wirklich auf der Verteilung des russischen Memorandums an die Konferenzteilnehmer bestehen wolle. Ein zweiter Briefwechsel hat zwischen

Tschitscherin und Barthou

stattgefunden. In dem ausführlichen Schreiben, das Tschitscherin an Barthou richtete und das dieser der politischen Unterkommission vorlegte, weist der Führer der russischen Abordnung auf das nachdrücklichste alle Gerüchte zurück, nach denen der mit Deutschland abgeschlossene Vertrag von Rapallo irgendeine Spitze gegen eine andere Macht habe oder irgendeine Geheimkaufel politischer, militärischer oder anderer Natur enthalte. Tschitscherin betont bei dieser Gelegenheit, daß der Vertrag nur bezwecke, zwischen zwei Staaten, die miteinander im Kriege gekämpft hatten, in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der Menschheit friedliche Beziehungen herzustellen. Das Schreiben ist in entgegenkommendem, verständlichem Geiste gehalten und Barthou versichert denn auch in seiner Antwort, daß er die Aufrichtigkeit der Absichten, die den Brief der russischen Delegation inspiriert haben, keineswegs in Zweifel setze, aber er müsse ebenso betonen, daß auch Frankreich gegenüber der russischen Nation, die während dreier Jahre sein treuer Verbündeter im Kriege gewesen ist, Gefühle treuer Freundschaft bewahre. Die Russen hätten in ihrem vorangegangenen Briefe nämlich ungehörig das Gegenteil behauptet.

Schulden und Privateigentum.

Die Regelung der Schulden zwischen den Regierungen der Entente und Rußland sowie die Frage der Sicherung des Privateigentums in Rußland sind die beiden Kernfragen, welche das neue Memorandum der Allierten über Rußland behandelt. In der englischen Fassung schlägt dieses Memorandum u. a. folgendes vor:

Die Sowjetregierung und die anderen Regierungen kommen überein, daß bestimmte Summen bezüglich jedes Landes festgesetzt werden sollen, die als bestehende finanzielle Verpflichtungen gelten sollen. Die Frage, was für eine Verminderung an dem Betrage der Schuld und an den zu zahlenden Zinsen der während des Krieges gewährten Anleihen erfolgen kann, soll einem Schiedsspruch unterworfen werden. Die bestimmten Summen, die in Abereinflimmung mit diesem Artikel festgesetzt sind, sollen alle anderen Ansprüche außer den in den folgenden Artikeln aufgestellten auslösen. Die Verbindlichkeiten der russischen Sowjetregierung sollen in entsprechendem Maße vermindert werden.

Um die Wiederaufnahme der Tätigkeit ausländischer Geschäfte in Rußland zu ermöglichen, soll in den Fällen, in denen der frühere Eigentümer nicht imstande ist, den Nachschuß in Rußland in der früheren Weise wieder zu übernehmen, es ihm freistehen, den Gebrauch des Eigentums in Rußland in Form einer Konzeption wieder zu übernehmen. Wenn das aber unmöglich ist, soll er entweder durch Gewährung des Genusses eines ähnlichen Eigentums oder in Bonds entschädigt werden, deren Betrag von einem gemischten Schiedsgerichtshof festgesetzt wird.

Die „Reisbegünstigung“.

Bei den Kommissionsverhandlungen in Genua über die Zollfragen, bei denen auch der deutsche Staatssekretär Hirsch mehrere Anträge einbrachte, gab der Vertreter Englands folgende aufsehenerregende Erklärung ab: Es bleibe nur die Wahl zwischen einer entschlossenen Rückkehr zu der liberalen Politik gegenseitiger Reisbegünstigung oder einer dauernden Spaltung der Welt in eine Anzahl von Staaten, die einander trotz formellen Friedensschlüssen mit Zollmauern und Einfuhrverboten bekämpfen. Die englische Delegation sehe in einer Rückkehr zum Grundgesetz der allgemeinen Reisbegünstigung nichts anderes, als die logische Folge der bisher gefassten Beschlüsse zur Erleichterung des Handels.

Die Anleihefrage.

Verständigung über den 31. Mai?

Nach Blättermeldungen aus Genua haben dort Verhandlungen stattgefunden, um zu einer direkten finanziellen Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich zu gelangen. Diese Verhandlungen, an denen auch ein Vertreter des Bankiers Morgan teilgenommen haben soll, hätten sich auf der Basis einer provisorischen Lösung bewegt und zwar durch Auslegen einer internationalen Anleihe, durch die die dringendsten Ansprüche Frankreichs zunächst befriedigt werden sollten. Es scheint, als ob diese Meldung den Tatsachen voraussetzt. Man glaubt an anderer Stelle, daß die Anleihefrage vermutlich erst den Gegenstand der Beratungen der am 8. Mai in Paris zusammentretenden Anleiheauschüsse des Reparationsauschusses bilden wird.

Poincaré hat in einer Pressebesprechung geäußert, es sei keineswegs ausgeschlossen, daß der Wiedergutmachungsausschuß am 31. Mai ein Verlangen Deutschlands feststelle. Man müsse mit der Möglichkeit rechnen, daß der Ausschuß das provisorische Moratorium um einige Monate verlängere.

Aus der Umgebung Poincarés verlautet, daß er gegen eine Veranlassung der Allierten vor dem 31. Mai nichts einzuwenden habe, wenn die Zusammenkunft nicht in Genua oder in der Umgebung von Genua stattfinden und wenn über die Beschlüsse der Reparationskommission nicht verhandelt werde. Der Präsident Millerand soll übrigens nicht geneigt sein, um der Ruhrbesetzung willen mit den Bundesgenossen zu brechen. Es sei keineswegs ausgeschlossen, daß bei den Beratungen Poincarés und Barthou eine gemäßigtere Haltung verabredet werde.

Barthou abgereist.

Nach mehrfacher Verzögerung ist Barthou nun tatsächlich von Genua nach Paris gefahren, um dort Bericht zu erstatten. Er wird am Sonntag wieder in Genua erwartet. In dieser Zwischenpause will auch Lloyd George Genua verlassen, aber nicht zu einer politischen Reise, sondern, wie es scheint, nur zu einem Ausflug nach Florenz. Dann sollen die Besprechungen über den „Gottfriedfrieden“ wieder aufgenommen werden. Poincaré hat in Paris zu dieser Frage inzwischen geäußert, die französische Regierung sei zur Unterzeichnung des Paktes bereit, falls er das Recht der verbündeten Regierungen auf eventuelle Verhängung von Sanktionen im Falle einer Verletzung des Versailler Vertrages durch Deutschland nicht anwisse.

Die deutsche Schuldfrage vor Gericht.

Der einseitige Spruch von Versailles.

§ München, 2. Mai.

Bei der Fortsetzung des zurzeit in München verhandelten Prozesses wegen der bekannten Veröffentlichungen von Dokumenten über den Kriegsausbruch gab der Privatkläger folgende beachtenswerte Erklärung ab:

„Wenn Eloner die Dinge bekannt gewesen wären, die den Herren Sachverständigen heute bekannt sind, so würde er nach seiner Überzeugung gleichfalls eine andere Auffassung von der Schuldfrage erlangt haben. Er würde vielleicht sich nicht von Deutschlands Schuldlosigkeit haben überzeugen lassen, aber jedenfalls den einseitigen Schuldpruch von Versailles gleichfalls als ungerecht und unbegründet erlernen.“

Nach diesen Erklärungen des Klägers wird wohl nicht anzunehmen sein, daß sich das Gericht auf den Standpunkt stellen wird, den angeklagten Redakteuren seien schwere Strafen aufzuerlegen für die Behauptung, es habe sich bei den Veröffentlichungen Eloners um Leichtsinn oder Fälschung gehandelt.

Regierungserklärung zur Zeitungsnot

Unrichtige Darstellungen.

Berlin, 2. Mai.

Zu den Enthüllungen des Herrn Prof. Wolff in Dresden über gewisse verurteilte Rundschreiben an sächsische Handelskammern in Bezug auf Maßnahmen gegen die Papiernot der Zeitungen erläßt das Reichswirtschaftsministerium eine amtliche Erklärung. In dieser Erklärung heißt es, daß in den Tageszeitungen auf Grund des von Prof. Wolff veröffentlichten vertraulichen Berichtes der gemeinsamen Geschäftsstelle der sächsischen Handelskammern gegen den Referenten im Reichswirtschaftsministerium, Oberregierungsrat Dr. Fehler, der Vorwurf erhoben wurde, er habe versucht, Handelskammern zu Protesten gegen die von den Zeitungsverlegern geforderte Zwangs-wirtschaft zu veranlassen.

Diese Darstellung ist unrichtig, sagt die Regierungserklärung weiter. Oberregierungsrat Fehler habe bei einem gelegentlichen Zusammentreffen mit dem Leiter der Geschäftsstelle auf dessen Mitteilung, daß die Leipziger Handelskammer gegen zwangs-wirtschaftliche Maßnahmen auf dem Druckpapiergebiete in einer Eingabe Stellung genommen habe, und daß diese Eingabe dem Reichswirtschaftsministerium unterbreitet werden sollte,